

hente Forderungen an die Regierung in Form der Schutzbälle, der Kontingentierung, in Form wirtschaftlicher Expansionshilfe, die nur den Zweck haben, in dem künftigen großen englischen Wirtschaftsraum, an dessen Spitze die Regierung stehen wird, sich genügend Einfluss und Expansionsmöglichkeit nach außen zu sichern. Im Grunde genommen kämpft die englische Industrie bereits um die Quote ihrer Beteiligung am Aufbau des britischen Weltwirtschaftsreiches. Dieser Kampf hat seinen Gegner in gewissen Kapitalkreisen der City, die nicht so sehr englisches Geld als das Geld der Dominions und das Geld außerenglischer Gesellschaften verwalten. Diese Kapitalgruppen, zu denen die größten international bekannten englischen Banken gehören, sehen in der Intensivierung einer national betonten englischen Weltwirtschaft eine Einschränkungsfähigkeit für die nach England stehenden fremden Kapitalien, und sie sind es im Grunde genommen auch, die den

Expansionsbestrebungen der englischen Industrie und damit auch dem augenblicklichen Bindungsbereich Widerstand entgegensetzen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Ansicht der alten englischen Bankiers in dieser Frage durchdringen wird. Es ist zu sehr die Frage einer englischen Preispolitik überhaupt, und alle Kritiken, die in dieser Entwicklung enthalten sind, drängen zu sehr zur Lösung, als daß die Regierung dem inneren Expansionsdrang der englischen Wirtschaft nicht Folge leisten möchte. Und das ist auch das Moment der Neubefähigung englischer Politik. Die für die Befriedung Deutschlands zur Sache getragene Politik Macdonalds neigt zurzeit wieder mehr dazu, diese Befriedung seinem Konkurrenten Frankreich zu übertragen. Gegen Konkurrenz im Weltmarktfinne ist England bereit, Frankreich an der Nase zu lassen, und es handelt sich nur darum, die Beteiligungssquote der englischen Wirtschaft an der Ausbeutung bzw.

Drosselung der deutschen Wirtschaft schauzen. Im Grunde genommen ist die augenblicklich laufende Londoner Konferenz nichts weiter als eine Fortsetzung der früheren, als England mit Frankreich über die Verteilung der Ruhethölle nicht einig werden konnte. Solche Stimmungsumschwünge der englischen Politik haben sich des öfteren ereignet. Es war jedesmal ein fehler deutscher Wirtschaftskreise, sich gefährlich auf eine Hilfe Englands zu verlassen. Auch Macdonald und die Arbeiterrégierung und Vertreter britischer Industrie und britischer Wirtschaftsinteressen. Ihnen liegt nicht so sehr an der Befriedung der Welt in einem idealistischen Sinne. Sie sind Wirtschaftspraktiker, und sie wollen ihr Land natürlich über alle anderen, und sie werden an allererster Stelle die Politik führen, die dem Expansionsstreben der britischen Industrie angepaßt ist.

Bresseberichte zum ersten Konferenztag.

Befriedigung der Londoner Blätter.

Londoner Sonderdienst der "Dresd. Nachrichten". London, 17. Juli. Die Wogenblätter sprechen sich mit einer Befriedigung über die Aussichten der Konferenz, wenn auch auf der anderen Seite mit großer Befriedigung aus.

Der diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph" bringt eine Fülle von Einzelheiten über den weiteren Verlauf der gesetzten Sitzung. Er bemerkt zunächst, daß die Eröffnungsrede von ganz ungewöhnlicher Kürze gewesen sei. Bei der Verlelung des englisch-französischen Memorandum machte der englische Premierminister zwischendurch einige Bemerkungen.

Er betonte die Tatsache, daß keinerlei Absichten bestünden, den Friedensvertrag oder die daraus folgenden weiteren Verhandlungen abzändern und daß in diesem Sinne auch ein Satz in dem Memorandum zu verstehen sei.

Es fand aber keine Debatte über dieses Dokument statt, da die vielfach darin enthaltenen Unklarheiten mit Unterstreichung des Schauspiels klargestellt wurden. Die erste Kommission werde sich wahrscheinlich wieder in eine Reihe von Unterausschüssen gliedern, die die einzelnen Verträge behandeln. So werde z. B. ein Unterkomitee von Juristen gebildet werden, das die Frage zu erwarten hat, ob die Ausarbeitung eines Protocols zur Durchführung des Dawesvertrags eine Neuformulierung des Friedensvertrags bedeuten würde und ob es für Deutschland notwendig wäre, dieses Instrument zu unterzeichnen und zu erörtern. Was die Frage der deutschen Verfehlungen betrifft, so liegen zwei oder drei Formulierungen vor. Am allgemeinen geht die Summung bei den Alliierten dahin, den amerikanischen Teilnehmer an den Sitzungen der Reparationskommission nicht als Schiedsrichter einzuladen. Die Belgier sind aber der Meinung, daß es besser wäre, für die Feststellung einer Verschuldung Deutschlands ein besonderes Komitee von fünf Mitgliedern und zwar bestehend aus einem Amerikaner, einem Engländer, einem Franzosen, einem Belgier und einem Italiener zu bilden, das seine Meinung zu formulieren habe. Die Aufgabe der zweiten Kommission wird zweifellos nicht wesentlich erleichtert werden, durch den Dienstbeschluß der Reparationskommission, daß die Anteile von 40 Millionen Pfund vollkommen unterzeichnet sein müsse.

Wie zu erwarten war, findet diese Bedingung nicht den Beifall der britisch-amerikanischen Finanzkreise, da man in diesen Kreisen keine Meinung hat, irgendwelche Gelder vorzudistribuieren, bevor nicht die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wiedergestellt worden ist.

Neben die für die deutschen Verfehlungen festgelegten Fristlinien ist folgendes zu bemerken: Die erste Formulierung würde die den Behörden erreichten Vollmachten ver-

närmen. Die frühere interalliierte Militärikommission in Köln würde wiederhergestellt, lokale Überwachungorganisationen auf dem linken Rheinufer, wie aus der Zeit vor der Ruhrbesetzung herrühren, würden vertrieben werden. Die andere Formulierung, die sehr viel weitergehend ist, schreibt vor, daß die linksrheinischen Eisenbahnen zusammengelegt werden sollen zu einer Einheit unter einem deutschen Generaldirektor, dem ein allfälliger technischer Sachverständiger zur Seite gestellt wird und daß ein Teil des Personals dieser Eisenbahnen aus belgischen und französischen Eisenbahnmännern bestehen müsse. Diese 3 bis 4000 Männer ausländische Arbeiter werden innerhalb der deutschen Verwaltung arbeiten. Im Falle eines deutschen Generalstreiks rechnet man jedoch damit, daß die Arbeit der 2 oder 3000 Männer für die Sicherung der Versorgung der Okkupationstruppen ausreichen würde. Es wäre aber schwierig, diese Formel mit dem Dawesbericht in Übereinstimmung zu bringen.

Der erste Havasbericht.

(Günther Drägerbericht der "Dresdner Nachrichten".) Genf, 17. Juli. Der erste Havasbericht über die Londoner Eröffnungssitzung ist Mittwoch abend erschienen. Er gibt die Niederschrift des Berichts, der Reuter nur kurz verbreitet hatte, ausführlich wieder. Danach hatte Herrrot auf die Aufgaben der Konferenz neben die Erfüllung des Verfaßter Vertrags durch Deutschland, ausreichende Maßnahmen gegen neue deutsche Verfehlungen zu treffen und die Einheit der Alliierten zu stärken, um den Friedensvertrag zu erhalten. Davon meldet weiter: Die Konferenz will vorläufig wöchentlich drei Sitzungen abhalten und hofft, mit einer Tagessitzung von drei Wochen ihre Arbeiten zum Abschluß zu bringen.

Borherrschaft Frankreichs.

(Günther Drägerbericht der "Dresdner Nachrichten".) Basel, 17. Juli. Die "Basler Nachrichten" melden aus Brüssel: Die belgische Regierung veröffentlicht ihre Stellungnahme zum Dawesbericht in einem Kommuniqué, in dem sich Belgien allen Bestimmungen des Dawes-Plans zu unterwerfen, soweit nicht entgegenstehende Abmachungen zwischen den Alliierten vorliegen. Der "Parisier Tageblatt" steht in dem Hohgehen des Frankfurtsurtes für die Bestätigung für die Borherrschaft Frankreichs auf der Londoner Konferenz.

Die Sicherung Macdonalds während der Konferenz

(Günther Drägerbericht der "Dresdner Nachrichten".) Rotterdam, 17. Juli. Wie der "Courant" aus London meldet, haben nach der gezielten Unterhausaufsicht zwischen Squibb und Baldwin präzisierende Vereinbarungen stattgefunden, um für die Dauer der Londoner Konferenz keine parlamentarische Erschütterung der Stellung Macdonalds herbeizuführen. Die "Times" stellen in ihrer Abendausgabe fest, daß die Besprechungen im günstigen Sinne verlaufen sind.

Die Prager Konferenz der Kleinen Entente.

(Von unserem Prager Korrespondenten.)

Prag, 14. Juli.

Die Prager Konferenz der Kleinen Entente ist also doch zustandegekommen. An der jüngsten Sitzung war es, als ob die Konferenz gar nicht stattfinden würde, als ob ihr Einfluß berücksichtigt wurde. Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch, vielleicht einer Tagung ausweichen wollte, bei der als einziner Punkt der Tagesordnung „Auslösung des Verbandes“ angesetzte stand. Denn so stark war in Rumänien die Meinung über die Tschecho-Slowakei geworden, daß sie sich bislang eines russisch-rumänischen Komitees für den Frieden erklärte. Während die Tschecho-Slowakei und das die Kleine Entente bisher meidende Polen wenigstens den in der Bevölkerung tiefenwurzelten Deutschen Hass und die Sorge vor einem wiedererstarkten Deutschland gewinnen haben und sich aus diesen Empfindungen heraus mit Hingabe der Politik Frankreichs verschreiben, wird man die aemeinländischen Verbindungspunkte, die heute die Tschecho-Slowakei mit Rumänien verbinden, vergleichsweise suchen.

Rumänien braucht neben einem guten Freunden, der ihm mit Geld und Waffen ausstellt, einen Verbündeten gegen Russland. Und gerade in diesem Punkte ist in der Tschecho-Slowakei nichts zu holen.

Es ist zwar richtig, daß die Besichtigungen der Tschecho-Slowakei zu Sowjetrußland noch wie vor äußerst düstria sind, weil eine die jüdische Anerkennung der Sowjet von tschechischer Seite bisher nicht erfolgte und auch von einem Handelsverkehr zwischen den beiden Staaten kaum zu erwarten werden kann; aber an eine militärische Unterstützung Rumäniens im Falle eines Konflikts mit Russland ist von den rein technischen Schwierigkeiten ganz abgesehen, angeblich der innerpolitischen Verhältnisse der Tschecho-Slowakei nicht zu denken. Die tschechoslowakischen Kommunisten und die Sozialisten allein sind, wenn sie zusammenziehen, so stark, daß sie mit Leichtigkeit jeden Versuch eines militärischen Abenteuers im Keime erstickt können, und daß die nichtjüdischen Nationalitäten keine Lust haben ihre Knochen nur deshalb zu Markt zu tragen, damit Rumänien sein Regime in Bevorabien aufrechterhalten könnte, bedarf keiner weiteren Erklärung. So lange also Ungarn ruhig bleibt, ist die Tschecho-Slowakei an Rumänien gerade so deßinteressiert, wie umgekehrt Rumänien an der Tschecho-Slowakei.

Auch zwischen Rumänien und Südtirolen ist die Interessengemeinschaft gegenwärtig stark zusammengezogen.

Belgrad kommt bei einem Zusammenstoß Rumäniens mit Russland als Kriegskompanion ebenfalls in Betracht wie Prag, und was die sonstigen Details des beiderseitigen Verhältnisses anbelangt, so haben die wiederholten Neubündnisse in den letzten Jahren weit eher zur Auseinandersetzung als zur Festigung des Bundes beigetragen. Da man weder in der Tschecho-Slowakei noch in Jugoslawien sich auf eine Artigverpflichtung einlassen wollte, so wurde in Rumänien bereits Sicherheit an einem neuen Bündnis gearbeitet, und zwar sollten sich Polen, die Türkei und Rumänien vereinigen. Die

Türkei wäre bei einer derartigen Allianz natürlich der erste Faktor. Die Türkei hat sich gegenüber den Großmächten als härter erwiesen. Sie ist heute das unruhigste Reich, von dem sicherlich auch neue feindliche Verbindungen ausgehen können. Aber die Türkei steht finanziell sehr schwach da, genau so wie Polen und Rumänien, die beide ihre Auseinandersetzungen nur mit französischer Hilfe durchführen könnten. Die neue sozialistische Regierung in Frankreich wird sich nun

aus den verschiedensten Gründen nicht mehr im weitere herausrufen finanzielle und militärische Abenteuer einzulassen. Das polnisch-rumänisch-türkische Bündnis würde also nur eine Allianz von Staaten darstellen, die durch permanente Geldmangel vor der beständigen Gefahr eines inneren Zusammenbruches stehen. Dies schien man in Rumänien bedacht zu haben, weshalb man sich schließlich entschloß, doch nach Prag zu gehen, um dort einen letzten Versuch zu machen.

Ein auf wirtschaftliche Sympathien aufgebauter Bündnis besteht nur zwischen den Tschechen und den Südtirolern.

Aber auch hier sind gewisse Einschränkungen am Platz. Denn während noch aus der österreichischen Zeit her zwischen den Tschechen und Slowaken starke Beziehungen bestehen und das Verhältnis zwischen den heutigen in Prag tönangebenden Kreisen und dem serbischen Zentrum schon in der ersten Blüte des Pan Slowakismus begründet wurde, ist man in Prag auf die Kroaten weniger gut zu sprechen. Schön darunter, daß sie von allem Anfang an die zentralistischen Tendenzen der Habsburger Regierungen zu durchkreuzen suchten, haben sie sich in Prag, wo man das Wort Autonomie nicht hören kann, viele Sympathien verschafft. Trotzdem weiß man in Belgrad, daß das heutige Jugoslawien keinen wärmeren und aufrechteren Freunden haben kann, als es die Tschechen sind. Machtpolitisch hat diese Freundschaft freilich dadurch an Wert eingebüßt, daß der „Korridor“ durch Österreich, wie ihn die Tschechen gewünscht haben, von der Friedenskonferenz nicht realisiert wurde, und man wird es den Italienern nie vergeben, daß sie diesen Plan der beiden slowakischen Regierungen vereitelt haben. Denn wenn man sich auch heute sozt, daß das heutige Österreich, vollständig mehrheitlich wie es ist, seiner wie immer gezielten militärischen Aktion eines seiner Nachbarn einen Widerstand entgegenstellen könnte, so hätte natürlich schon vom völkerrechtlichen Standpunkt aus ein „Korridor“ ganz unvermeidliche Vorteile gehabt. Nichtsdestoweniger ist heute das armenische Prag und Belgrad bestehende Bündnis die moralische Stütze der Kleinen Entente, wenn auch die zerstreuten innerpolitischen Verhältnisse Südtirolens den praktischen Wert dieses Bündnisses für die Tschecho-Slowakei wesentlich beeinträchtigen.

Von den Großmächten hat nur Frankreich ein besonderes Interesse an der Erhaltung dieses mit der Front gegen Deutschland vereinigten Gebildes. Wenn man in diesem Zusammenhang von einer Front gegen Deutschland spricht, so gehört natürlich auch das Anschlußverbot in diesen Bereichskomplex; denn hier deckt sich in gewisser Beziehung das Interesse der Tschechen mit dem der Südtiroler.

Man wird so leben, inwieweit sich auf der Prager Konferenz die Interessenlage mit den jeweils rumänischen Wünschen vereinbaren läßt. Sicherlich darf noch ein Faktor nicht übersehen werden, der zwischen den drei Staaten der Kleinen Entente als solches Band wirkt:

Die wachsende Unzufriedenheit der nationalen Minoritäten in allen drei Staaten mit dem herrschenden Regime.

Bleibt die Kleine Entente weiter bestehen, so wird sie mehr den Charakter eines gegenseitigen Verhältnissvertrages gegen unzufriedene innere Elemente annehmen, als den eines außenpolitischen Bündnisses mit aktiven Mächten belassen. Sicherlich ist der Bündniswert der Kleinen Entente für Frankreich heute schon leicht im Schwinden begriffen.

Das wirtschaftliche Grundprinzip des Gulachs.

Der Kampf um deutsche Einheit und Souveränität.

(Londoner Sonderdienst der "Dresd. Nachrichten".) London, 17. Juli. "Daily Telegraph" erklärt in einem Artikel, in dem er offenbar die Ansicht einer sehr unterrichteten politischen Persönlichkeit wieder gibt, man höre sehr viel Geschwätz über die Sonderbedingungen, die angeblich eine Regierung der anderen, oder die Finanzgruppe ihren Regierungen aufzwingen wolle. Tatsächlich wären solche Verhandlungen, deren Vorhandensein man anzweisen müsse, vollkommen nutzlos, da die wesentlichen Bedingungen zur Durchführung des Dawes-Vertrages in dem Gulach selbst enthalten seien.

Das Grundprinzip

sei, daß kein wirtschaftliches Programm mit Gewalt durchgesetzt werden könne, daß vielmehr die Annahme eines solchen Programms freiwillig erfolgen müsse. Nicht nur bei den Alliierten müssen Übereinkunft und Bereitwilligkeit zur Durchführung bestehen, sondern auch bei Deutschland müssen gleichgerichtete Empfindungen vorherrschen. Dieser Gedankengang wird in dem Artikel des "Daily Telegraph" im einzelnen ausgeführt und weiter erklärt, daß im Falle deutscher Verhandlungen und die Sanktionen im Geiste des Wirtschaftsprogramms ausgetilten werden müssten. Besonders wäre die Beibehaltung einer anderen Nebenvereinbarung der rheinischen Eisenbahnen, als die in dem Sachverständigenbericht vorgesehene, sicherlich eine Beleidigung des Grundprinzips der wirtschaftlichen Einheit und Souveränität Deutschlands. Die Grenzen Deutschlands seien durch den Friedensvertrag festgesetzt.

Es ist notwendig, daß Deutschland innerhalb seiner Landesgrenzen die unbedingte Herrschaft über die Verwaltung und Wirtschaftsmaschinerie besitzen müsse.

Ebenfalls wird der Vorschlag einer Berufung hinlangen zur Änderung der Entscheidungen der am Saarvertrag vertragten Kommission vorgelegten. Überwältigung der Kompetenz der wirtschaftlichen Sachverständigen durch ein anderes Organ ohne genügend Sachverständigkeit, beeinflußt durch volkstümliche Leidenschaft, Vorurteile und Interessen, würde es für einen selbstbewußten Sachverständigen unmöglich machen, einen solchen Posten zu übernehmen. Der Reparationsdienst und sein Kollegen bedürfen des Vertrauens der ganzen Welt. Alles, was ihre Vollmachten verkleinert, verhindert auch das Vertrauen.

Scharje amerikanische Kritik am Gulach

(Günther Drägerbericht der "Dresdner Nachrichten".) Washington, 17. Juli. In einem Buch, das soeben von Harold Moulton, dem Direktor des Institute of Economic Research, herausgegeben wurde, wird der Dawes-Plan einer ernsthaften und eingehenden Kritik unterzogen. Während angegeben wird, daß der Plan im allgemeinen einen wichtigen Schritt vorwärts in der Reparationsfrage bedeutet, weiß Moulton mit Nachdruck darauf hin, daß man die von den Sachverständigen nur mit großer Vorsicht angegebenen Zahlen für die künftigen Zahlungen Deutschlands keineswegs als endgültig ansehen dürfe, da man sonst in seinen Erwartungen leicht enttäuscht werden könnte, wodurch der ganze Plan der Gefahr des Scheiterns ausgesetzt sein würde. Moulton äußert wichtige Anmerkungen an der praktischen Durchführbarkeit vieler Punkte des Gulachs wegen der zahlreich in ihm enthaltenen Widerstände. Er zeigt an Hand von Beispiele, daß das Sachverständigenkomitee die Ablösung der Staatschulden und die Verbindlichkeit der Reichsbahnen und der Industrie ganz falsch beurteilt habe, indem es die inneren Verträge Deutschlands, welche keine Zahlungsfähigkeit fast beendigt, als eindeutig bestätigt habe. Moulton fordert, daß der Plan derzeit als ehemals kausträftig gewesenes Publikum in Deutschland sich jetzt in finanziellen Schwierigkeiten befindet und daß die Gläubigerstaaten nicht nur nicht willens seien, deutsche Waren zu kaufen, sondern daß sie sogar gegen den deutschen Abzug auf dem Weltmarkt einen schweren Konkurrenzkampf führen. Er sagt, daß die endgültige Festlegung einer bestimmten Summe unbedingt sei, und daß es klar sei, daß ein System, das verlust, eine Nation auf Generationen hinzu hält, unvermeidlich sich selbst abgrund führen müsse. Schließlich erklärt er noch, daß die Frage der Reparationen nicht zu trennen sei und daß sie beide gelöst werden müssten.

Die nächsten Münzverhandlungen am 26. Juli.

(Günther Drägerbericht der "Dresdner Nachrichten".) Düsseldorf, 17. Juli. Der Pariser "Matin" meldet aus Düsseldorf, die neuen Befreiungen der Währung mit den Abreisevertretern beginnen am 26. Juli. Vor einem Bericht der Währung auf Fortschreibung der laufenden Verträge ist in Düsseldorf nichts bekannt.

Die Stilllegungen in der Industrie.

(Günther Drägerbericht der "Dresdner Nachrichten".) Berlin, 17. Juli. In der gestrigen Monatsbildung des Vereins Berliner Industrieller wurde bekanntgegeben, daß annähernd ein Drittel der Berliner Industrie am 1. August stillgelegt wird, wenn die mit der Reichsregierung eingeleiteten Verhandlungen zur Beobachtung der Kredit- und Geldknappheit bis dahin zu keinem Resultat geführt haben.

Beginn der Milliardekontrolle an der deutschen Ostpreuße.

(Günther Drägerbericht der "Dresdner Nachrichten".) Berlin, 17. Juli. General Walsh, der neue Chef der Entwicklungscommission, hat der Reichsregierung gestern sein Vergleichungsbericht überreicht. Die Überprüfung erfolgte auf schriftlichem Wege. Der General verläßt bereits am 20. Juli wieder Berlin, um die Kontrollmaßnahmen, die an der deutschen Ostpreuße stattfinden sollen, persönlich zu leiten.